

It's the social, stupid!

Krise und Herausforderungen für Sozialwirtschaft und Zivilgesellschaft in Europa

2011 war das Europäische Jahr des freiwilligen Engagements. Dies hatte auch in der Bundesrepublik Deutschland ein reges Interesse in den eingeweihten Kreisen hervorgerufen. Auf europäischer Ebene hatte sich hierfür eine Koordinierungsgruppe verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen (www.cev.be) gebildet, an der sich auch meine Organisation, SOLIDAR (www.solidar.org), beteiligt hatte. Ergebnis ist zum einen das Kompendium „Policy Agenda for Volunteering in Europe-PAVE“ und zum anderen der Versuch, den schon bestehenden europäischen Plattformen und Koordinationen eine neue hinzuzufügen.

Das diesjährige *Europäische Jahr der aktiven Bürgerschaft* weckt sicher weniger Interesse und schon gar kein leidenschaftliches Engagement. Es vielleicht auch damit zu tun, dass die EU-Kommission für die 27 Mitgliedsstaaten ein lächerliches Budget von 2 Millionen Euro zur Verfügung stellt, von dem ein Großteil in Werbung und Kommunikation geht. Die Mitgliedsstaaten steuern gar nichts bei!

Trotzdem haben sich über 60 Organisationen in einer Koordinationsgruppe (EYAC2013-Alliance) zusammen gefunden, die mit viel Engagement und wenig bzw. fast gar keinen Mitteln den Versuch unternimmt, in den Mitgliedsstaaten nationale Allianzen zu unterstützen.

Europa der Zukunft oder Zukunft Europas

Die politische und wirtschaftliche Zukunft Europas steht in Frage - und die Bürgerinnen und Bürger wenden sich immer weiter ab. In den europäischen Institutionen meinen viele, es müsse nur besser kommuniziert werden, getreu nach

dem Motto „tue Gutes und rede drüber“. Folgerichtig unternimmt Frau Reding, stellvertretende Präsidentin der EU-Kommission, Reisen in verschiedenen Mitgliedsstaaten, um mit (ausgewählten) Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Der direkte Dialog zwischen Politikern und Bürgern sollte nicht in Konkurrenz stehen zu einem wirklichen (*genuine*) zivilgesellschaftlichen Dialog auf europäischer Ebene zwischen den Repräsentanten der EU-Institutionen und den Repräsentanten der organisierten Zivilgesellschaft, wie er in § 11 des Lissabon-Vertrags fixiert ist.

Ist Europa das Problem oder Teil einer Lösung?

Das Vertrauen in die EU, ihre Institutionen und in ihre Politik verringert sich immer weiter, insbesondere in den Staaten, die unter der Troika-Politik der Austerität leiden, wie Portugal, Spanien und Griechenland. Beunruhigend ist die Tendenz, das Heil in nationalen Lösungen zu suchen. Insbesondere herrscht in Deutschland die Meinung vor, die Krise sei allein der schlechten Haushaltspolitik einiger Mitgliedsstaaten geschuldet.

Was wir nicht brauchen, ist klein- oder groß-staatliche Kleingeisterei, die alles Errungene zur Disposition stellt. Wir brauchen kein neues „Narrativ“ zu Europa, sondern eine andere Politik, die sich der Ängste und Nöte der Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa annimmt und Lösungen entwickelt und anbietet.

Im kommenden Jahr stehen Europawahlen an und es gilt sich dafür dazu engagieren, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht zu Hause bleiben, nicht Europafeinde legitimieren und ihnen per Parlamentsmandat einen gemütlichen Sessel offerieren, aus dem heraus sie gegen alles wirken, was einmal den europäischen Konsens und das europäische Sozial- und Wohlfahrtsstaatsmodell ausgemacht hat. Selbst im neuesten EU-Mitgliedsstaat Kroatien lag die Beteiligung an den Wahlen der neuen kroatischen Abgeordneten zum Europaparlament nur knapp über 20%. Können wir uns „*business as usual*“ leisten? Sicher nicht. Es fehlt immer noch an einer breiten europäischen Öffentlichkeit und einer Empathie für unser gemeinsames Europa.

Krise und Herausforderungen für Sozialwirtschaft und Zivilgesellschaft

Im Rahmen des europäischen Semesters hat die EU-Kommission zu Beginn des Jahres den Bericht zu Beschäftigung und sozialen Entwicklungen in Europa vorgelegt (EDSE 2012). Wer bisher Zweifel hatte, ob die Austeritätspolitik falsch ist, der findet in diesem 400 Seiten starken Kompendium detailliert alle Belege, die diese Zweifel beseitigen: Armut und Arbeitslosigkeit nehmen zu, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit. Haushaltskonsolidierung steht so in diametralem Gegensatz zur sozialen Konsolidierung. Es ist Zeit für einen Ausgleich zwischen Konsolidierung und Investitionen, auch wenn das gegenwärtig z.B. in Deutschland noch kein populäres Argument ist.

Wir brauchen eine Politik der sozialen Konsolidierung und eine Politik, die hochwertige und nicht prekäre und schlecht bezahlte Arbeit schafft! Existenzangst oder Angst vor dem Absturz ist der Motor, der Menschen in Resignation und/oder zum Rückzug ins rein Private treibt. Mit dem sozialen Absturz verlieren manche den Glaube an die Demokratie, wie Wahlergebnisse in manchen Mitgliedsstaaten Richtung Nationalismus und Rechtsextremismus belegen. Besser ist es, wenn sich diejenigen, die von einem sozialen Absturz und Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind, motivieren, Veränderungen zu fordern und sich dafür einzusetzen.

It´s the social – stupid!

Warum sollen sich Menschen in und für Europa engagieren, wenn sich der kommende Gipfel allein auf eine neue Monetäre Union fokussiert und die soziale Dimension völlig außer Acht lässt?

Gerade in diesen Zeiten wird in Brüssel vieles mit dem Attribut sozial bedacht: soziale Innovation, soziales Investment, Sozialunternehmertum, Soziales Investitionspaket. Das Paradox besteht darin, dass immer mehr von „sozial“ gesprochen wird, wir aber keine europäische Sozialagenda haben und weit von sozialer und territorialer Kohäsion entfernt sind.

Und es ist aus dem Blick geraten, dass die Sozialwirtschaft eine Alternative zur sogenannten „freien Marktwirtschaft“ darstellt: eine Wirtschaft, die nicht auf kurzfristigen Profit oder Spekulation fixiert ist. Leider nimmt die EU-Kommissionspolitik dies nicht zur Kenntnis, sondern setzt weiterhin vor allem auf den Binnenmarkt und seine Verwirklichung.

Schon Jaques Delors sagte, als er selbst noch Kommissionspräsident war: „...man kann keinen Binnenmarkt lieben...“ Und wir könnten hinzufügen „und schon gar keinen, in dem die vier Grundfreiheiten nicht unter dem sozialen Imperativ stehen“.

Seit der Bolkestein-Richtlinie haben sich Organisationen wie SOLIDAR dafür eingesetzt, dass die Besonderheiten der sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Träger des Sozial- und Gesundheitssektors anerkannt werden: Gemeinnützigkeit, Wertegebundenheit, Reinvestition von Gewinnen. Dabei müsste als Ziel gelten, Dienste für die BürgerInnen bereitzustellen, statt Profite für Investoren.

Die Verbände der Sozialwirtschaft sind auch ein Wirtschaftsakteur. Diese Tatsache wird nach wie vor verkannt. Der Anteil der Sozialwirtschaft an Beschäftigung in Europa beträgt immerhin 12%. Das scheint immer noch nicht im Berlaymont (Kommission) oder im Justus-Lipsius-Gebäude (Rat) angekommen zu sein.

Die in SOLIDAR zusammengeschlossenen Organisationen fordern daher:

- die enge Verknüpfung von sozialwirtschaftlicher Förderung mit zivilgesellschaftlichem Engagement,
- dass soziale Innovationskraft und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements Grundlage für die Arbeit von sozialen Unternehmen sein müssen und
- die besonderen Merkmale von gemeinnütziger Arbeit rechtlich und finanziell anerkannt werden.

Dieser Anspruch und diese Forderungen sind noch nicht „mainstream“, aber in Krisenzeiten haben wir die Chance, die Besonderheiten unseres Sektors trotz Gegenwind zu verankern. Deshalb sind wir Teil verschiedener bedeutender

europäischer Netzwerke, wie der Social Platform, Social Services Europe oder der Liaison-Gruppe der EU-NGOs beim EWSA.

Wenn wir über zivilgesellschaftliches Engagement und Sozialwirtschaft sprechen, benutzen wir auf EU-Eben nicht nur den EU-Jargon, der Außenstehenden schwer verständlich ist, sondern die englischen Begriffe: Social Innovation. Social Entrepreneurship, Social Investment, Social Enterprises.

Von England lernen?

Als Kontinentaleuropäer sollten wir einen Blick nach Großbritannien werfen, um zu verstehen, welche Entwicklungen auf uns zukommen: Längst wird dort nur noch nach Unternehmen und Charities unterschieden, die aber beide *business* machen. Die Cameron-Regierung hat versucht, unter dem Titel *Big Society* ein neues Gesellschaftsmodell zu entwickeln, das Engagement, Partizipation und Gemeinwohl besonders fördern soll.

Die Realität ähnelt der in vielen anderen europäischen Staaten: Einschnitte und Kürzungen in Sozialausgaben, die sich auch auf der Ebene der Programmförderung von Sozial- und Eingliederungsmaßnahmen niederschlagen.

Engagement und Freiwilligkeit sollen diese Einschnitte kompensieren, während gleichzeitig über das Ausschreibungswesen privaten Fonds und Investoren Tür und Tor in die Bereiche der öffentlichen Güter Bildung, Erziehung, Soziales und Gesundheit geöffnet werden.

Im Ausschreibungswesen werden die zu leistenden Dienstleistungen beschrieben und die Entscheidung über den Zuschlag geschieht gerade in Krisenzeiten meist über den geringsten Preis und die höchste Effizienz. Wo bleibt der Platz für Nachhaltigkeit, sozialen Mehrwert und gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn es nur billig und schnell sein muss?

Deshalb benötigen wir einen gesetzlichen Rahmen (*level playing field*), der unsere Besonderheiten nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern sie auch im Ausschreibungsverfahren als Kriterien anerkennt. Wir brauchen professionelle

Dienstleistungen und vor allem soziales Engagement nicht als Palliativ, sondern als „glue“, als Kleber, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Die Marktöffnung, die vermeintlich für Transparenz und Effizienz und Effektivität sorgen soll, hat zu einer Marktstruktur geführt, in der neue privatwirtschaftliche Anbieter die Preise drücken – und die Qualität der Angebote gefährden. Nicht nur in Großbritannien drängen vermehrt gewerbliche Unternehmen zunehmend in den Sozialmarkt – gefördert durch die wohlwollende Unterstützung der jeweiligen Regierungen.

Die Orientierung dieser Anbieter ist nicht das Gemeinwohl, sondern sie betreiben „cherry picking“, wo schnelles Geld zu verdienen und kurzfristige Gewinne zu erzielen sind. Qualität und Nachhaltigkeit und flächendeckende Angebote spielen eine nebensache und Ehrenamt und Zivilgesellschaft gar keine Rolle.

Niedrige Preise, „um wettbewerbsfähig zu sein“, erreichen sie durch Tariffucht, Billiglöhne, Entsendung von Arbeitnehmern, Leiharbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse. Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein Begriff, der sich nicht selbst erklärt. Er ist ihnen nicht nur deshalb ein Fremdwort, sondern auch, weil es in vielen anderen europäischen Sprachen kein Äquivalent gibt, das dieses Konzept wiedergibt.

Paradox: Engagement versus Individualisierung

Die Herausforderung für all diejenigen, denen freiwilliges Engagement etwas bedeutet, liegt darin, die Schattenseiten der seit den 1980er Jahren zunehmenden Individualisierung zu überwinden. Es bedurfte 2010 des damals schon über 90jährigen Stéphane Hessel und seiner Schrift „Indignez-vous“ (Empört Euch), um einen Weckruf zu unternehmen.

Hunderttausende von vor allem jungen Menschen haben sich in den letzten Jahren in Occupy, M15 oder Indignados-Bewegungen engagiert. Im Nahen Osten und in Nordafrika hat die Arabische Rebellion Diktatoren gestürzt und Menschenwürde, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit eingefordert.

Unsere Verbände, die zum Teil aus sozialen Bewegungen stammen oder zumindest von Ihnen geprägt wurden, müssen die Herausforderungen der gesellschaftlichen Herausforderungen und Veränderungen annehmen, Menschen Platz, Raum und Lust für nachhaltiges Engagement geben. Der Spagat zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und zivilgesellschaftlicher Rolle ist sicher nicht einfach, aber die unternehmerische Tätigkeit sollte auf jeden Fall dem sozialen Anspruch untergeordnet bleiben

Und seit den 1980er Jahren bemühen wir uns um einen europäischen Status für europäische Verbände. Stiftungen und Genossenschaften sind da schon weiter. Vereine und Verbände in Europa sind immer noch die Orte, neben Parteien und Gewerkschaften, in denen sich Menschen freiwillig engagieren.

Mut zu mehr Europa?!

Unsere Aufgabe in Europa ist es, den Menschen Europa nicht nur im Sinne einer neuen Aufklärung zu erklären, sondern aufzuzeigen, wo Veränderungen stattfinden können und müssen. Momentan ist es nicht einfach, für ein Europa zu werben, das geprägt ist durch die aktuellen politischen Mehrheiten in Europa und den Mitgliedsstaaten: durch eine Politik, die weder Rousseaus *Contrat Social* noch den Kantschen (Sozialen) Imperativ mit Hegelschem dialektischen Denken verbindet.

Ohne soziale Säule, ohne eine wirkliche Sozialagenda wird auch die neue Wirtschafts- und Bankenunion die sozialen Gegensätze und die Umverteilung von unten nach oben nur beschleunigen und die sozialen Gegensätze noch weiter vertiefen.

Wir brauchen eine neuen *Contrat Social*, denn ohne sozialen Ausgleich und ohne sozialen Konsens ist Europa nichts. Nur Mut: Es lohnt sich – immer noch –, einen Traum von einem besseren Europa in einer besseren Welt zu träumen und dafür professionell und ehrenamtlich zu arbeiten. Und die Liste unserer kleinen Erfolge, die wir in den letzten Jahren erzielen konnten, ist eigentlich erstaunlich lang!

Conny Reuter studierte Romanistik und Erziehungswissenschaften in Bonn und Köln. Nach seiner Arbeit als Europareferent bei der LIGUE DE L'ENSEIGNEMENT, seiner Tätigkeit als Referatsleiter beim Deutsch-Französischen Jugendwerk/DFJW, ist er seit 2006 Generalsekretär des europäischen Netzwerks SOLIDAR, Mitglied der Steuerungsgruppe des Europ. Jahres 2013, Ko-Präsident der Liaison-Gruppe des EWSA, Mitbegründer und Vorstandsmitglied von SOCIAL SERVICES EUROPE, Vorstandsmitglied der Arbeiterbildungsinternationale-IFWEA.

Er ist seit 2011 Lehrbeauftragter für europäische Institutionen an der Universität Linz und war von April 2008 bis April 2013 Präsident der europäischen Sozialplattform.

Kontakt: Conny.Reuter@solidar.org